

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. — Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

frischere Luft

In der vorigen Nummer der „Baugewerkschaft“ haben wir eine eingehende Darlegung über den Geschäftsabschluss des christlichen Bauarbeiterverbandes vom verflossenen Jahre gebracht. Dieser Bericht war, im allgemeinen genommen, nicht erfreulich. Insbesondere trifft dies zu, soweit die Mitgliederzahlen in Betracht kommen. Finanziell ist unsere Zukunft als gesichert zu betrachten, wenngleich wir alle Veranlassung haben, auch hier Vorsicht walten zu lassen.

Nach Lage der Dinge sind in gegenwärtigen Zeitläuften gewerkschaftliche Verluste unvermeidbar. Darüber brauchen wir keine Worte zu verlieren. Entscheidend bleibt jedoch, ob die Verluste, wie wir sie vor uns sehen, so groß zu sein brauchen, oder ob sie nicht hätten vermindert werden können. Auch darüber brauchen wir nichts mehr zu sagen, wir haben dies schon des öfteren getan. Unsere Mitgliederzahl könnte wesentlich höher sein, wenn überall die erforderliche Erkenntnis und Einsicht vorhanden gewesen wäre. Daran hat es gemangelt, und unsere Aufgabe ist, hier Abhilfe zu schaffen.

Klarheit und Offenheit sind immer die besten Meister gewesen, und so wollen wir es auch mit der Lage unseres Verbandes in Zukunft halten. Dadurch wird man hingelenkt auf das, wo es fehlt und worauf die Fehler zurückzuführen sind. Abhilfe ist dann schneller möglich, die Wahl der dazu erforderlichen Mittel ist leichter zu treffen.

Nach so manchem Unerfreulichen während der drei Kriegsjahre können wir nun auch von Erfreulichem berichten. Es scheint nun doch besser werden zu wollen. Nach Berichten aus den verschiedensten Verbandsbezirken scheint unter den Bauarbeitern ein anderer Geist endlich zum Durchbruch zu kommen. Dieser Umschwung brückt sich in einer ansehnlichen Vermehrung der Mitgliederzahlen unseres Verbandes aus.

Einmal mußte ja der Geist der Stagnation gebrochen werden. Es mußte doch die Einsicht zum Siege gelangen, daß die gewerkschaftliche Organisation zum Schutze der eigenen Interessen während des Krieges und nach ihm lebensfähig erhalten werden muß. Die Gewerkschaften haben während des Krieges die Interessen der Arbeiter hervorragend gewahrt. Das wird auch nirgends bestritten. Die materiellen Interessen wurden, soweit wie immer möglich, entschieden vertreten. Die Erfolge sind bedeutender Natur. Wir brauchen nur auf die letzte Steuererhöhung im Baugewerbe hinzuweisen. Auch für die Zukunft wurden die wichtigsten Vorarbeiten geleistet. Die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes ist während des Krieges in einem Maße anerkannt worden, wie es vor nicht allzulanger Zeit kaum denkbar war. Dies ist eine Folge von der Erkenntnis der Bedeutung der Arbeiterorganisationen um Interesse unseres wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens. Die gewaltigen Aufgaben nach dem Kriege brauchen wir nicht näher hier auseinanderzusetzen. Für die Verwirklichung des einen oder anderen ist bereits Vorarbeit geleistet. Im Hilfsdienstgesetz sind Wege beschritten, die, wenn sie beibehalten und ausgebaut werden, von ganz eminenten Bedeutung für die Besserstellung des Arbeiterstandes ausfallen müssen. All das, was die Gewerkschaften während des Krieges im Interesse des Arbeiterstandes geleistet, muß schließlich auch dem Letzten klar werden. Wenn nunmehr ein frischerer Zug durch die gewerkschaftliche Organisation geht, so ist dieses zum mindesten mit auf die erzielten gewerkschaftlichen Erfolge zurückzuführen.

Wenn der alte Geist zum rastlosen Vormarschdrängen in der Arbeiterchaft wieder lebendig wird, dann ist dieses gewiß ein gutes Zeichen. Wir dürfen uns aber nicht nur allein über diesen Geist, der ge-

werkschaftlichen Ideen in lebendigerem Maße wieder zugänglich ist, freuen, sondern wir müssen diese Stimmung rücksichtslos ausnützen. Nun erst recht muß die gewerkschaftliche Agitation mit Hochdruck betrieben werden. Erst dann wird der Erfolg ein nachhaltiger sein. Wir glauben, daß unsere Mitglieder uns verstehen und mit aller Entschiedenheit in der Werbearbeit für den christlichen Bauarbeiterverband fortzuführen. Je nachhaltiger diese Arbeit ist, um so größer wird der Erfolg sein. Keiner darf sich von dieser Arbeit zurückhalten, die Zeit verlangt, daß jeder auf dem Posten ist und seine ganze Kraft in den Dienst des Verbandes stellt.

Ein politischer Kriegerbund

In den letzten Wochen ist es zur Gründung eines sozialdemokratischen Kriegerbundes gekommen. Seit längerer Zeit schwebte die Absicht dieser Gründung in der Luft. Sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftskreise haben sich für und gegen das Projekt ausgesprochen.

Mit dem Namen Kriegerbund ist die neue Gründung nicht genügend charakterisiert. Er selbst nennt sich „Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten“. Hieraus wird eine doppelte Aufgabe ersichtlich: Erstens die Kriegsteilnehmer als Bestimmungsguppe mit bestimmten Zielen zusammenzufassen, zweitens die Interessen der Kriegsbeschädigten durch die neue Organisation gesondert zu vertreten. Da die Zahl der Kriegsbeschädigten mit Kriegsende keine Steigerung, sondern im Laufe der Jahre eine fortwährende Abnahme erfährt, wodurch diese Seite der Interessenvertretung an Gewicht abnimmt, wird das Schwergewicht der neuen Gründung in den allgemeinen Zielen eines Kriegerbundes liegen. Außerdem ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß der neue Bund sich nicht lediglich auf die Kriegsteilnehmer beschränken, sondern alle militärgedienten Leute aufzunehmen beabsichtigt wird. Der Charakter der neuen Gründung wird damit eine schärfere Hervorhebung erfahren. Er weicht von den bisherigen Kriegervereinen insofern ab, weil er in der Hauptsache von politischen Partei Gesichtspunkten ausgeht.

Als kürzlich in Essen (Ruhr) sich eine besondere Kriegsbeschädigtenorganisation gründete, haben die Gewerkschaften und die Angestelltenverbände aller Richtungen gegen die Gründung von besonderen Kriegsbeschädigtenorganisationen Einspruch erhoben. Sie haben ihre Mitglieder aufgefordert, sich von einer derartigen Organisation fernzuhalten. In dem Aufruf wurde auf die einheitliche Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Deutschland hingewiesen. Der Kriegsbeschädigte soll durchaus nicht Objekt dieser Fürsorgeleistung sein, sondern er sollte überall mitwirken. Diese Möglichkeit der Mitwirkung sei den Kriegsbeschädigten auch in den Gewerkschafts- und Angestelltenverbänden gegeben, die zudem für ihre Kriegsbeschädigten Mitglieder besondere Einrichtungen getroffen haben. Wir selbst haben schon darauf hingewiesen, daß die Kriegsbeschädigten nicht gut dabei fahren werden, wenn sie sich abschließen und in besonderen Organisationen ihre Interessen vertreten zu sollen glauben. Sie kommen ganz naturgemäß hierbei in Konflikt mit den Gewerkschaften. Die Vertretung im Arbeitsverhältnis nehmen die Gewerkschaften voll und ganz in Anspruch. Mit ihrer Macht sind sie am ehesten imstande, die Interessen aller Arbeiter, also auch der Kriegsbeschädigten, wirksam zu wahren. Wie will eine Kriegsbeschädigtenorganisation, die doch alle Berufe umfaßt, wirksam die wirtschaftliche Interessenvertretung des einzelnen betreiben? Ihre Tätigkeit kann sich in der Hauptsache nur auf Rechtsberatung und auf Anregung zur Verbesserung der gesetzlichen Fürsorgeleistung beschränken. Etwas können die Gewerkschaften ebensogut, für letzteres ist der partei rücksicht aller Arbeiter notwendig. Kreise der Kriegsbeschädigten durch Gründung besonderer Orga-

nisationen in ein Konkurrenzverhältnis mit bereits bestehenden Organisationen, wird ihre Aktionskraft dadurch ganz naturgemäß geschwächt. Wir sehen somit keinen plausible Grund, der die Sondergründung von Kriegsbeschädigtenorganisationen rechtfertigen könnte. Es ist daher anzunehmen, daß die freien Gewerkschaften von der hier behandelten Neugründung keineswegs erbaut sind.

Welches sind nun die Ziele des neuen Kriegsbeschädigtenbundes, bzw. von welchem Boden aus versucht er, seine Bestrebungen zu verwirklichen? Indem wir schon sagten, daß er sich nicht auf die Kriegsbeschädigten beschränkt, sondern eine Vertretung aller Kriegsteilnehmer sein will, haben wir es mit einer neuen Kriegervereinsorganisation zu tun. Die Gründer sind Sozialdemokraten. Die Ziele, die der Gründung gesteckt sind, liegen in der Richtung sozialdemokratischer Parteipolitik. In dem Programm heißt es: „Als Kriegsteilnehmer fordern wir Befreiung aller Vorrechte in Reich, Staat und Gemeinde, durch die Vermögenssteuerverlastung oder Geburt über die Erfüllung der Landesverteidigungspflicht gestellt wird. Als Kriegsteilnehmer fordern wir Unverwundung des Heeres in ein wirkliches Volkshier. Als Kriegsteilnehmer fordern wir eine Politik, welche die Wiederkehr künftiger Kriege verhindert. Als Kriegsteilnehmer wollen wir die Erkenntnis dessen, was ein moderner Krieg bedeutet, noch jüngeren Generationen der Bevölkerung wahrhaftig.“ Hieraus wird ersichtlich, daß die Tätigkeit des neuen Kriegerbundes eine ganz besonders lebendige aufweist. Gewiß bleibt es jedem unbenommen, derartige politische Ziele zu erstreben. Ob dieses aber nicht die Aufgabe einer politischen Organisation ist, dürfte man bezagen. Unseren Kriegervereinen liegt die Pflege der vaterländischen Gesinnung, der soldatischen Erziehung und Unterstützung ihrer Mitglieder in Notfällen ob. Also eine Tätigkeit, die im Sinne der Wehrhaftmachung unseres Landes liegt. Die Politik des sozialdemokratischen Kriegerbundes ist dagegen auf ganz andere Ziele eingestellt.

Einen Gewinn für unser öffentliches Leben und für die Arbeiterbewegung können wir in dieser Gründung nicht erblicken. In welchem Geiste die neue Bewegung geleistet werden wird, geht deutlich aus einem Artikel im „Vorwärts“, vom Gründer des neuen Bundes, Erich Kuttner, betitelt „Das dankbare Vaterland“ hervor. Er macht sich die Aufgabe, wie die Mittel für eine ausreichende Kriegsbeschädigtenfürsorge aufgebracht werden sollen, sehr leicht. Bekanntlich ist der Streit über die Kriegszielforderungen sehr heftig. Auf der einen Seite werden sehr weitgehende Annexions- und Kriegsent-schädigungsforderungen gestellt, während die Sozialdemokratie einen Frieden ohne Annexion und ohne jede Kriegsent-schädigung erstrebt. Kuttner geht auf den Einwurf der Kreise, welche die Notwendigkeit einer Kriegsent-schädigung auch mit dem Hinweis auf eine Verbesserung unserer Kriegsbeschädigten begründen, ein und sagt dazu, auf diese Weise hoffen dieselben ihren eigenen Selbstentwurf zu schützen, weil sie nicht selbst die Lasten für unsere Kriegsbeschädigten tragen wollten. Zugleich wollten sie sich damit eine gangbare Ausrede verschaffen. So wird man diese Frage nicht behandeln dürfen. Wir haben ja nicht allein für die Kriegsbeschädigten zu sorgen, sondern wir haben auch noch andere, weit größer Lasten zu tragen. Wenn Kuttner glaubt, daß die zu erwartenden Lasten nur von den Bestehenden oder durch eine progressive Einkommensteuer aufgebracht werden könnten, dann setzt ihn zur Beurteilung der uns erwartenden Verhältnisse jedes Augenmaß. Das ganze deutsche Volk hat die anfallenden Lasten zu tragen, keine Art der Besteuerung wird dabei ausfallen. Dieser Artikel im „Vorwärts“ ist eine Agitationsprobe, wie sie nach dem Kriege und oft entgegensteht, die eine stark vergriffene Wirkung nach sich ziehen muß. Die Mittel für die Versorgung unserer Kriegsbeschädigten müssen aufgebracht werden, und es ist ganz selbstverständlich, daß dieses in ausreichendem Maße geschehen muß. Wir bezweifeln nicht, daß die aktiven Teile der Arbeiterbewegung auf den Agitationsartikeln Kuttners, die diese

Mittel aufgebracht werden können, hereinfallen wird. Darin liegen bestimmte Gefahren. Wir haben uns im Innern Deutschlands so einzurichten, wie es immer nach Lage der Verhältnisse im Allgemeininteresse gelegen ist. Im Vordergrund hat zu stehen, daß unser Wirtschaftsleben gesund und ihm die Lebensfreudigkeit erhalten wird. Gesunde das nicht, müßte die Folge sein, daß unsere gesamten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse außer Acht bedrückt würden, so daß wir auch nicht mehr in der Lage wären, unseren Kriegsbeschädigten wirksame Hilfe angedeihen zu lassen. Und wir sprechen das aus. Nicht einem Teil des Volkes allein können diese Lasten aufgelegt werden, sondern die Gesamtheit hat daran zu tragen. Freilich müssen die zu erwartenden Lasten nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit verteilt werden. Wer etwas anderes sagt, handelt verantwortungslos und zieht eine Gefährdung groß, deren Folgen außerordentlich bedenklich werden müssen.

Wir haben in Zukunft mit einer weiteren sozialdemokratischen Absonderung zu rechnen: Neben sozialdemokratischen Turn- und Gesangsvereinen nun auch noch ein sozialdemokratischer Kriegerverein. Wir waren der Hoffnung, daß durch diesen Krieg die Klassentrennung in Deutschland nicht noch weiter getrieben würde. Wir sehen, daß dieses eine Täuschung war. Auch auf diesem Gebiet hat die Absonderung eingesetzt. Wir glauben, daß dies wieder im Interesse des öffentlichen Lebens, der politischen Gesundheit und auch nicht im Wohle der Allgemeinheit liegt.

Das Kriegsernährungsamt

Das Kriegsernährungsamt trat am 29. Mai 1916 in Wirksamkeit, es kann somit das erste Jahresgedächtnis feiern. Das neue Amt fand auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft eine äußerst schwierige Lage vor. Die im Anfang des Krieges reichlich vorhandenen Vorräte waren fast gänzlich aufgebraucht, und die Einfuhr aus neutralen Ländern war mehr und mehr zurückgegangen. Auch die Fett- und Zuckerverföhrung der Bevölkerung erforderte schnelle und umfassende Eingriffe. Wie auch der unlautere Handel mit Lebensmitteln und der Kriegswucher schärfste Einschränkungsmaßnahmen verlangten. Ferner erhob die öffentliche Meinung dringlichst die Forderung nach Vornahme einer allgemeinen Lebensmittelbestandsaufnahme.

Die Einsetzung des Kriegsernährungsamtes wurde von der gesamten Bevölkerung mit Genugtuung, leider aber auch mit maßlos übertriebenen Hoffnungen begrüßt. Man erwartete allgemein, daß nunmehr eine bedeutende Besserung der allgemeinen Lebensmittelversorgung eintreten würde. Man verlangte, daß diese Besserung nach der ganzen Lage gar nicht eintreten konnte, daß eine Vermehrung der vorhandenen Lebensmittel unter den obwaltenden Umständen einfach unmöglich war, da einerseits die Einfuhr dauernd zurückging und eine Steigerung der Inlandherzeugung an Lebensmitteln wegen des Mangels an Arbeits- und Geheirkräften, an Kraftfutter und Kunstdünger, an Maschinen und Geräten ausgeschlossen war. Für das Kriegsernährungsamt galt es nur, die Versorgung von 70 Millionen Menschen aus der eigenen Kraft eines dichtbevölkerten Landes und durch zweckmäßige Verteilungsmaßnahmen sicherzustellen. Die Aufgaben des Kriegsernährungsamtes umfassen demgemäß im wesentlichen:

Die Erzeugungshöhe von Nahrungsmitteln, soweit es die Knappheit an Arbeitskräften und Betriebsmitteln zuläßt, möglichst zu erhalten;

die im Inland erzeugten und die wenigen noch vom Ausland hereinkommenden Lebensmittelmengen so einzuteilen, daß sie bis zur neuen Ernte reichen, die Preise so zu gestalten, daß Erzeuger und Verbraucher bestehen können;

aus den Wirtschaften der Erzeuger alles, was diese nicht unbedingt für sich und ihren Betrieb gebrauchen, für die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung herauszuholen, und endlich

die erschaffenen Lebensmittel gerecht zu verteilen.

Natürgemäß konnte bei der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse das Kriegsernährungsamt zur Erreichung seiner Ziele nicht für das ganze Reich auf allen Gebieten des Ernährungsweises gleichzeitige und allgemein gültige Bestimmungen erlassen, es konnte nur einen allgemeinen Ernährungsplan aufstellen, dessen Durchführung Sache der Bundeszentralbehörden, d. h. der Kriegsernährungsämter der einzelnen Bundesstaaten ist. Aber auch die Ausführung eines solchen Ernährungsplanes begegnet außerordentlichen Schwierigkeiten, da man nicht ohne zur Bewirtschaftung der Vorräte, des Futters, der Viehhaltung etc. ausgeführt der gesamten Bevölkerung über den Umfang ihrer Erzeugung aufzuklären kann, aber auch ein allseitiger Sorgfalt anzuwenden ist. Die Durchführung dieses Planes ist demgemäß zu erwarten, daß die Ernährung der Bevölkerung als ein

den Hausen geworfen werden kann. Zu unserem Leidwesen haben wir das in diesem Jahre besonders bei den Kartoffeln erlebt. Da gilt es bann, schnelle und durchgreifende Entschlüsse zu fassen, die allerdings meist erst in die Lebensgewohnheiten des einzelnen eingreifen und dadurch nur zu leicht Mißstimmung und Unzufriedenheit hervorrufen.

Bei seiner Einsetzung fand das Kriegsernährungsamt außer der hervorragend eingerichteten Bewirtschaftung des Brotgetreides nur eine auf Grund des Glaubens an eine kurze Kriegsdauer aufgebaute Höchstpreispolitik vor. Während die Mehl- bzw. Brotausgabe bereits einheitlich für das ganze Reich durch die Einführung der Brotkarte geregelt war, waren alle anderen Lebensmittel, abgesehen von einigen rein örtlichen Ausnahmen, noch durchweg im freien Verkehr und nur durch Höchstpreise gebunden, zu haben. Auf allen Gebieten des Nahrungsmittelhandels machte sich außerdem ein unverhältnißmäßiger Wucher- und Kettenhandel bemerkbar. Diesem Uebelstand durch Einführung des Erlaubniszwanges zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln abzuhelfen, war eine der ersten Maßnahmen des neuen Amtes. Am dringlichsten jedoch war die Frage der Kartoffelversorgung, da das durch kein Verbot beschränkte Verfüttern und Verbrennen die Bestände derart verringert hatte, daß die ganze Versorgung in Frage gestellt wurde. Schnelle und umfassende Maßnahmen gestalteten die Lage wenigstens erträglich. Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes für die Ernte 1916/17 mußte sich das Amt auch mit den Bundesstaaten und den örtlichen Ausführverbänden befassen, deren allgemeine Aufhebung von allen Seiten gefordert und deren tunlichste Beschränkung in die Wege geleitet wurde. Zur Sicherung der Fettversorgung und zur gleichmäßigeren Verteilung der Butter an die Bevölkerung wurde in der Mitte des Jahres 1916 die Fettkarte für das ganze Reich eingeführt. Bei der Bewirtschaftung des Zuckers aus der Ernte des Jahres 1916/17 mußte ebenfalls durchgreifend vorgegangen werden, da übermäßiger Zuckerverbrauch für Mensch und Tier im Winterhalbjahr 1915/16 eine empfindliche Zuckernappheit hervorgerufen hatte. Die am 2. Oktober 1916 eingeführte Reichs Fleischkarte setzte die Wochenhöchstmenge für Fleisch einheitlich auf 250 Gramm für das ganze Reich fest. Da die Hauptbedingung für die Aufstellung der Wirtschaftspläne eine möglichst genaue Ernteschätzung ist, wurden die Ernteschätzungen mit ganz besonderer Sorgfalt vorbereitet und durchgeführt. Wenn ihre Ergebnisse dennoch zum Teil irreführend waren, so zeigt das, mit welchen fast unüberwindlichen Schwierigkeiten derartige Schätzungen verbunden sind. Große Sorgfalt wurde auch der Nahrungsmittelversorgung der Rüstungsarbeiter durch besondere Zuweisungen von Brot, Kartoffeln, Nahrungsmitteln, Hülsenfrüchten usw. gewidmet. Um der minderbemittelten städtischen Bevölkerung auch in der Zeit der größten Schwierigkeiten eine auskömmliche Ernährung zu gewähren, wurde die Einrichtung von Massenpeisungen, Volks- und Mittelstandsküchen sowie Kriegspetehäusern kräftig unterstützt.

Natürgemäß wandte das Kriegsernährungsamt der Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung ganz besondere Aufmerksamkeit zu. Zu diesem Zwecke wurde ein aus neun Mitgliedern bestehender Ausschuss zu gemeinsamer Mitarbeit beim Kriegsernährungsamt und Kriegsernährungsamt gebildet. Soweit es nur möglich war, sind der Landwirtschaft alle zur Aufrechterhaltung des Betriebes nötigen Arbeitskräfte und Betriebsmittel zur Verfügung gestellt. Eine grundlegende Aenderung unserer Ernährungswirtschaft bedeutet die Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1917 und für Schlachtvieh. Durch diese Verordnung wird beabsichtigt, auf Umfang und Art der Erzeugung durch die Preisgestaltung einen Einfluß zu erlangen, alle zur menschlichen Ernährung geeigneten Nahrungsmittel vor dem Verfüttern zu bewahren und dadurch mehr zur menschlichen Nahrung geeignete pflanzliche Nährstoffe in die Hand zu bekommen. Die leider notwendig gewordene Verfürzung der Brotration hat das Kriegsernährungsamt auszugleichen versucht durch die Ausgabe einer aus Reichsmitteln herbeigeholten Fleischzulage, deren Aufbringung allerdings einen harten Eingriff in unseren Viehbestand bedeutet.

Es konnte hier natürlich nur auszugweise ein Bild der Tätigkeit und der Leistungen des Kriegsernährungsamtes gegeben werden. Es darf auch ruhig eingestanden werden, daß sich bei den Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes, wie Präsident von Baboch schon in seiner Reichstagsrede vom 7. Juni 1916 voraus sagte, Fehler nicht immer vermeiden ließen. Eine nachträgliche Kritik ist aber immer leichter, als im entscheidenden Augenblick und unter dem Druck der Umstände die richtige Maßnahme zu treffen. Mag das Kriegsernährungsamt im Urteil der Gegenwart auch noch so verschiedenartig gewertet werden, eins steht doch schon heute fest, daß es die Sicherung unserer Ernährung und die gerechte Verteilung der Nahrungsmittel als einen

allerdings in Einzelheiten vielfach umstrittenen Erfolg für sich buchen kann. Ein abschließendes Urteil über seine Tätigkeit wird erst eine spätere Zeit fällen können.

Allgemeines

Das Eisene Kreuz erhielten folgende Kollegen: **Wih. Wolfenar**, Mitglied der Bahnstelle Ober-Fortbach; **Oswin Piessch**, Mitglied der Bahnstelle Rabiblar (Wiesch erhielt außerdem die Friedrich-August-Medaille und wurde zum Unteroffizier befördert); **Alfons Monnet**, Mitglied der Bahnstelle Mstingen i. Bodr.; **Jos. Azeulle**, Mitglied der Bahnstelle Augsburg; **Karl Silbebrand**, Mitglied der Bahnstelle Hannover, Zimmerer. Zum Unteroffizier befördert wurde der Kollege **Mathias Post**, Mitglied der Bahnstelle Nachen, Fliesenleger.

Für die Erhöhung der Einkommensgrenze in der Krankenversicherung von 2500 auf 3000 W. tritt eine Eingabe der Gesellschaft für Soziale Reform ein, der sich fast sämtliche Angestelltenverbände angeschlossen haben. Sollte der Bundesrat diese Erhöhung ablehnen, so wird angeregt, Kriegszulagen hinsichtlich der Krankenversicherungspflicht nicht anzuzurechnen, sofern durch sie die Einkommensgrenze überschritten wird. Begründet wird die Eingabe mit dem Hinweis auf die Gefahr, daß die aus der Krankenversicherung Ausscheidenden infolge der Teuerungsverhältnisse außerstande wären, bei Erkrankungen ärztliche Pflege aus eigenen Mitteln in Anspruch zu nehmen. Die Eingabe wird von einer Reihe Gelehrter, Unternehmer usw. unterstützt.

Der christliche Metallarbeiterverband veröffentlicht seine Jahresabrechnung für 1916. Die Mitgliederbewegung zeigt eine aufsteigende Entwicklung. Neuaufnahmen und Uebertritte sind für das Berichtsjahr 12 000 verzeichnet gegen 4000 im Jahre vorher. Trotz weiterer Einziehungen zum Heeresdienst — im ganzen sehen etwa 23 000 Verbandsmitglieder unter den Fahnen — stieg die Zahl der beitragszahlenden Mitglieder von 16 000 auf 20 000. Im laufenden Jahr hält diese günstige Entwicklung weiter an. Die Kassenverhältnisse wurden im letzten Berichtsjahr durch den Krieg sehr stark beeinflusst. Ein Vergleich der Einnahmen mit denen des Vorjahres ergibt folgendes Bild:

	1916	1915
Eintrittsgeld	4 588 W.	1 373 W.
Beiträge	405 156 "	429 131 "
Delegiertensteuer	3 816 "	3 825 "
Solalbeiträge	84 370 "	82 491 "
Sonstige Einnahmen	72 025 "	77 893 "

Die Ausgaben belaufen sich auf insgesamt 651 372 Mark. Darunter sind: Kosten des Verbandsorgans 51 825 Mark, Bezirksleitung und Agitation 82 396 Mark, Ausgaben der Lokalkassen 149 995 Mark, Reise- und Anzugunterstützung 1980 Mark, Kriegsnostandunterstützung 115 768 Mark, Postausgaben 6567 Mark, Steuerbeleg 16 807 Mark, Rechtschutz und Gerichtskosten 1601 Mark. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresabschluss 1 858 061 Mark. Gegenüber dem Vorjahr ist eine geringe Steigerung eingetreten. — Der Jahresabschluss zeugt von innerer finanzieller Festigung und blüht gleichzeitig für eine zukunftsreiche Weiterentwicklung.

Rundgebung der christlich-sozialen Arbeitervereine. In einer im April dieses Jahres in Wien abgehaltenen Reichskonferenz haben die Vertrauensmänner der christlich-sozialen Arbeiterorganisationen Oesterreichs sich mit den wichtigsten Tagesfragen eingehend beschäftigt. Zur allgemeinen Lage wurde nachstehende Entschlieung angenommen:

„Die IV. Reichskonferenz der christlich-sozialen Arbeitervereine Oesterreichs entbietet den Kämpfern an der Front herzlichen Gruß und innigen Dank für die opferfreudige Hingabe an den Dienst der Vaterlandsverteidigung. Sie dankt dem Minister des Innern Graf Czernin für seine Rundgebungen für die Herbeiführung eines baldigen, ehrenvollen Friedens. Sie begrüßt die endliche Einberufung des Reichsrates und gibt der Erwartung Ausdruck, daß dieser, eingebend des hohen Ernstes der Zeit, unter Hintansetzung aller nationalen und parteipolitischen Gegensätze ungesäumt an die Bewältigung der brennenden Gegenwartsfragen schreiten und einer glücklichen Zukunft Oesterreichs die Wege bereiten werde.“

Für die Uebergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden und die nächste Zukunft wurde ein umfassendes Programm aufgestellt. Eine Reihe von Maßnahmen werden vorgeschlagen; so bezüglich der Wiederaufrichtung und der Sicherung des Wirtschaftslebens, Volksernährung, Versorgung der Kriegsinvaliden, Witwen und Waisen, Sozialversicherung, Maßnahmen für die Staatsangestellten. Zu allen Fragen werden uns einzelne gehende Forderungen erhoben, so daß ein umfangreicher Wunschzettel herauskommt. Demnächst wird in Oesterreich die Volksernährung ihre Arbeit wieder aufnehmen; dann ist der Arbeiterbewegung eher die Möglichkeit geboten, ihre berechtigten Forderungen geltend zu machen.

Gewinne in der chemischen Industrie. Das Rechnungsergebnis bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen gestaltet sich nach der „Zsf. Btg.“ wie folgt:

(31. Dezember)	1914	1915	1916
Absatzkapital	54 Mill.	54 Mill.	54 Mill.
Umlaufvermögen	21,12	20,32	19,50
Vortrag	2 236 609	2 627 800	2 893 875
Ergebnisse usw.	26 632 148	33 867 712	40 614 837
Zinsen	591 881	1 150 017	2 012 463

(31. Dezember)	1914	1915	1916
Gesamtgewinn	31 460 648	37 645 528	45 521 174
Umfosten	5 708 150	5 286 644	5 822 980
Anleihen	950 175	922 444	886 309
Abfchreibungen	9 005 517	11 807 571	12 389 258
Neugewinn	13 562 197	17 201 071	23 548 772
do. samt Vortrag	15 798 806	19 828 870	26 442 647
Dividende	8 550 000	10 800 000	10 800 000
Prozent	19	20	20
Bonus	—	—	4 320 000
Prozent	—	—	8
Reserven	3 000 000	3 000 000	3 000 000
Kriegsins.-Fonds	—	1 000 000	2 000 000
Lautieme	1 621 007	2 134 995	3 072 895
Vortrag	2 827 800	2 893 875	3 249 753

Bei solchen Gewinnen läßt sich wohl leben.

Warum keine volle Klarheit? Durch die Tagespresse läuft folgende Notiz:

Gegen die gerstenbauende Landwirtschaft ist vor kurzem der Vorwurf erhoben worden, daß sie mit der Ablieferung der Gerste im Rückstand sei und ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht entsprochen habe. Hierauf hat die Reichsregierung in einem schriftlichen Bescheid auf die Anfrage eines Reichstagsabgeordneten eine bemerkenswerte Erklärung abgegeben. Wenn davon die Rede gewesen ist, daß 60 v. H. der gesamten geernteten Gerste abzuliefern sind, so ist dies mißverständlich. Die Menge von 60 v. H. verringert sich um die Beträge der kleinen Betriebe, die nach der Gerstenverordnung vom 8. Juli 1916 von der Pflicht, sechs Zehntel ihrer Gerste abzuliefern, gänzlich oder zum Teil befreit sind. Allerdings läßt sich die hierdurch ausfallende Menge nicht genau angeben. Seht man aber trotzdem überall 60 vom Hundert der im Herbst geernteten Gerstenernte als ablieferungsspflichtig ein, so waren bis zum 25. März 1917 im Deutschen Reich, mit Ausnahme von Bayern, von dieser Gerstenernte 66,8 v. H., also rund zwei Drittel abgeliefert. In Preußen betrug die Ablieferung 65 v. H. In denjenigen Regierungsbezirken, in denen die Durchschnittsablieferung nicht erreicht ist, befinden sich viele kleine Betriebe mit geringer Ablieferungspflicht. Wenn Verzögerungen in der Abgabe der Gerste eingetreten sind, so hat das seinen Grund darin, daß bis Ende März große Mengen Gerste aus Mangel an Kosten und Arbeitskräften noch nicht ausgedroschen waren. Außerdem ist in Norddeutschland der Erusch auch aus dem Grunde erheblich zurückgeblieben, weil im Herbst und Winter ungewöhnlich hohe Ablieferungen von Hackfrüchten erfolgen mußten. Ungedroschene Gerste ist nirgendwo mehr in den Händen der Landwirte.

Das ist für den Nichtkenner sehr unklar. Warum wird denn nicht klipp und klar gesagt, daß 1 600 000 Tonnen Gerste zur Ablieferung kommen mußten, tatsächlich aber nur 1 100 000 Tonnen abgeliefert worden sind. Wo ist nun die halbe Million Tonnen geblieben?

Der Führer der nationalliberalen Partei für die Weiben. Wir entnehmen der „Deutschen Tageszeitung“ (Nummer 284):

Reichstagsabgeordneter Wasserfmann spricht sich in der „Leipz. Anstr. Ztg.“ über wirtschaftsriedliche Arbeiterorganisationen und ihre Schädigung durch die freien und christlichen Gewerkschaften in folgender Weise aus: „In Deutschland bestehen wirtschaftsriedliche Arbeiterorganisationen, in denen sich 1913 rund 300 000 Mitglieder zusammenfanden. Sie sind erstaunlich rasch gewachsen und haben eine gute Weiterentwicklung vor sich. Nun benutzen die freien und christlichen Gewerkschaften ihre derzeitige starke Stellung, um diese wirtschaftsriedlichen Vereine beiseite zu schieben und deren Eigenschaft als unabhängige Vertreter der Arbeiterinteressen zu bestreiten. Der Kampf geht so weit, daß den Wirtschaftsriedlichen die Zuzugung zu den Leitern im Kriegsernährungsamt und im Kriegsamte durch die Drohung der freien Gewerkschaften, daß sie ihrerseits ihre Mitarbeit im Falle solcher Beteiligung einstellen, unmöglich gemacht oder wesentlich eingeschränkt wird. Der Streit hat schon die Parlamente beschäftigt. Für die Regierung heißt es, rechtzeitig einem solchen Terrorismus Widerstand entgegenzusetzen. Hier ist Nachgiebigkeit eine Verhinderung an der Zukunft; gerade in Rücksicht auf die gewaltigen Aufgaben unserer deutschen Industrie soll man Arbeiterorganisationen, die in friedlicher Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern die gemeinsamen Fortschritte fördern wollen, nicht bekämpfen, sondern fördern.“

Herr Wasserfmann scheint sich noch nicht die Frage vorgelegt zu haben, ob die Weiben wirkliche Arbeiterorganisationen sind, oder ob sie nur eine verkappte Unternehmertruppe darstellen. Für diese Unternehmerorganisation die Regierung gegen die Gewerkschaften schaff zu machen, wie es Wasserfmann tut, wird man sich merken müssen.

Was der Krieg verschlingt. Aus einer Broschüre von Parvus „Die soziale Bilanz des Krieges“, die im Verlag für Sozialwissenschaft erschienen ist, sind folgende Zahlen von Interesse. Wenn die ersten drei Kriegsjahre vollendet sind, werden sich die Kosten des Krieges folgendermaßen gestaltet haben:

Kriegsanleihen	350 Milliarden Mark
Leute und Verwundete	24 000 000 Männer
Leute allein	7 000 000
Invaliden	5 000 000
Verluste durch Geburtenrückgang	9 000 000

Die Goldgewinnung der Welt seit fünfhundert Jahren befreit sich auf etwa 62 Milliarden Mark, also nicht einmal ein Fünftel der Kriegsanleihen. Wollte man die 50 Milliarden Kriegskosten in Zwanzig-Markstücken auszahlen, so könnte man davon einen neunfachen Gürtel um den Äquator legen. Die gesamte Staatsschuld Europas betrug vor dem Kriege 104 Milliarden Mark. Nach drei Kriegsjahren wird sie auf 450 Milliarden Mark ge-

Am Sonntag, den 17. Juni, ist der 16. Wochenbeitrag fällig.

stiegen sein. Wollte man die 7 000 000 Getöteten zu einem Leichenzuge formen, würde er von Paris bis Wladimostok reichen. Die gesamte englische Handelsflotte vor dem Kriege hatte einen Wert von höchstens 3 Milliarden Mark, also weniger als die Zinsen der Kriegsanleihen, die England jetzt schon zu zahlen hat. Die gesamte deutsche Warenausfuhr nach den englischen Kolonien betrug rund 450 Millionen Mark jährlich. Gelänge es England wirklich, sie rektlos zu vernichten, bräuchte es 200 Jahre, um damit den Betrag seiner Kriegskosten zu erreichen. Frankreich hat schon jetzt über die doppelte Anzahl Männer verloren, als die gesamte männliche Bevölkerung Esth-Dothringens beträgt. Rußland hätte sich für die Kriegskosten ein Eisenbahnetz dichter als Belgien bauen können. Die Schänen, die dieser Krieg der Menschheit zugefügt hat, sind so ungeheuer, daß niemand in ihn hineingegangen wäre, wenn er seinen Verlauf gekannt hätte.

Die Verteuerung der Eisenbahnfahrten. Neben der neuen Besteuerung der Eisenbahnfahrten droht nun auch noch eine Erhöhung der Eisenbahntarife. Der preussische Eisenbahnminister hat dem Landesbahnrat eine Vorlage eingereicht, die eine Erhöhung der Tarife vorschlägt, die voraussichtlich am 1. Januar 1918 eintritt. Die „Vossische Zeitung“ berichtet darüber: Eine Verteuerung der Fahrpreise ist soweit bedingt, als die vom Reichstag beschlossene Verkehrssteuer besteht, die in der 1. Klasse 16 Prozent, in der 2. Klasse 14 Prozent, in der 3. Klasse 12 Prozent und in der 4. Klasse 10 Prozent des Fahrpreises beträgt. Die Eisenbahnverwaltung schiebt sich aber mit Rücksicht auf die starke Steigerung aller ihrer Ausgaben, besonders wegen des Anwachsens der Kosten für Rohstoffe genötigt, die Fahrpreise noch über den Steuerzuschlag hinaus zu erhöhen, und zwar will sie die der Berechnung der Fahrpreise zugrunde liegenden Einheitsätze zunächst zugunsten der Eisenbahnverwaltung um 10 Prozent erhöhen, wozu dann noch die obengenannten Steuerzuschläge treten würden. Sie kommt auf diese Weise zu den neuen Preisen: 4. Klasse 2,4 Pfennig, 3. Klasse 3,7 Pfennig, 2. Klasse 5,7 Pfennig, 1. Klasse 9 Pfennig (gegenüber bisher 2,3, 4 1/2, 7 Pfennig) für einen Kilometer. Dies bedeutet gegenüber den alten Einheitsätzen eine Erhöhung bei der 4. Klasse um 20 Prozent, bei der 3. Klasse um 23,33 Prozent, bei der 2. um 26,67 Prozent, bei der 1. um 28,7 Prozent. Die tatsächliche Verteuerung der Fahrpreise ist hierbei jedoch verschieden, da zu berücksichtigen ist, daß zu den alten Sätzen bei Fahrkarten von 60 Pfennig an aufwärts in der 1.—3. Klasse der Fahrkartenstempel tritt, der künftig fortfällt. Wie sich die neuen zu den alten Fahrpreisen verhalten, wird in der Vorlage in einer Reihe von Beispielen gezeigt. Der Minister glaubt, daß eine in solchen Mäßen gehaltene Tarifierhöhung die richtige Mitte hält zwischen dem unabweisbar hervorretretenden Bedürfnis der Eisenbahnverwaltung, ihre Einnahmen mit der Ausgabe-Steigerung in Einklang zu halten, und dem nach wie vor berechtigten Verlangen des reisenden Publikums, eine preiswerte Beförderung zu finden. Er weist darauf hin, daß der Reisende auch nach dieser Preissteigerung in Preußen billiger fahren wird, als in den meisten außerdeutschen Ländern, die weitergehende Preiserhöhungen bereits vorgenommen haben.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Posen und Schlesien.

Die zweite Kriegsteuerzulage ist, soweit Berichte vorliegen, außer Schönlank in der Provinz Posen überall bezahlt worden. Dagegen verursacht die Durchführung derselben in der Provinz Schlesien mehr Schwierigkeiten.

In Gärlich ist die Zulage auf das Vorgehen der Gewerkschaften hin in der dritten Woche nach dem 27. April nachbezahlt worden. Der eine Arbeitgeber, welcher dem Bunde nicht angehörte, weigerte sich, die Zulage zu zahlen; die Kollegen haben daher am 21. Mai die Arbeit niedergelegt und den Abkehrschein verlangt. Der Betrag, welchen die Kollegen zu fordern haben, wird beim Gewerbegericht eingeklagt.

In Glogau haben die Arbeitgeber erst in der dritten Woche 5 Pf. pro Stunde mehr bezahlt. Da auf unsere schriftliche Aufforderung der volle Betrag nicht nachgezahlt wurde, so fand am 6. Juni von uns eine Versammlung statt, welche sich mit dieser Frage beschäftigte. Der Bezirksleiter wurde beauftragt, bei den Arbeitgebern nochmals persönlich vorstellig zu werden. Das Resultat davon war, daß der Vorsitzende der Arbeitgeber mitteilte, daß die Arbeitgeber größtenteils nur Arbeiten für die Stadt auszuführen hätten. Sie haben sich daher an den Magistrat um Zurückstattung der Zulage gewendet. Wenn das geschieht, so wird der zu wenig bezahlte Betrag nachgezahlt. Wir werden daher die Antwort erst abwarten, ehe weitere Schritte unternommen werden.

Auch in Sagan ist die Zulage erst von zwei Arbeitgebern bis jetzt bezahlt worden. Herr Danke hat für zwei und Herr Eisler für drei Wochen den Betrag nachgezahlt. Von den anderen Arbeitgebern ist überhaupt noch keine Zulage bezahlt worden. Die persönliche Rücksprache bei dem Vorsitzenden führte auch zu keiner Einigung. Es scheint uns, daß auch der Bezirksvorsitzende in Breslau nicht energisch genug dahinter ist, denn überall wird seitens der Arbeitgeber geklagt, daß sie erst jetzt

vor wenigen Tagen Nachricht darüber aus Breslau erhalten haben. In unserer am 7. Juni stattgefundenen Versammlung wurde beschlossen, daß zur Regelung der Streitfrage eine Sitzung des örtlichen Schiedsgerichts einberufen werden soll, damit die Arbeitgeber zur Zahlung verurteilt werden.

Lohnbewegung der Bauarbeiter in Basel

Wir teilten kürzlich mit, daß es im Baugeverbe Basels zu einer Einigung in der Lohnbewegung gekommen sei. Diese Nachricht war verfrüht. Die Zugeständnisse der Baumeister wurden von den Bauarbeitern abgelehnt und das Schiedsgericht angerufen. Dieses fällt folgenden Schiedsspruch:

„In Bestätigung des einigungsamtlichen Vergleichsvorschlages wird für die Dauer eines Jahres vom Tage der Rechtskraft dieses Schiedspruches an der Durchschnittslohn pro Stunde festgesetzt:

- Für Maurer auf 86 Cts.
- „ Handlanger „ 86 „
- „ Plasterträger „ 50 „

Die Parteien haben sich bis zum 7. Mai 1917 über bedingungslose Annahme oder Nichtannahme des Schiedspruches zu erklären.“

Dieser Schiedsspruch wurde vom christlichen Bauarbeiterverband angenommen, während er vom sozialdemokratischen Bauarbeiterverband, deutsche und italienische Sektion, verworfen wurde. Die Einigung ist somit gescheitert. Die Arbeitgeber hatten den Schiedsspruch ebenfalls angenommen. Da er formell von beiden Organisationen angenommen werden muß, lehnt es der Baumeisterverband ab, ihn noch fernerhin anzuerkennen. Die Bewegung ist damit vorläufig auf dem toten Punkt angelangt. Ob es zu weiteren Schritten kommen wird, muß abgewartet werden. Wie wir dem Gewerkschaftsorgan der christlichen Gewerkschaften der Schweiz entnehmen, stehen von den in Basel beschäftigten Bauarbeitern noch viele der Organisation fern. Es wird an die christlichen Bauarbeiter die Aufforderung gerichtet, keine Anstrengung zu scheuen, um recht viele Unorganisierte dem christlichen Bauarbeiterverband zuzuführen.

Verbandsnachrichten

Verwaltungsstelle Danzig. Am Mittwoch, dem 30. Mai, fand im Verbandsbureau eine Verwaltungsstellen-Sitzung statt, welche gut besucht war. Diefelbe befaßte sich hauptsächlich mit geschäftlichen und organisatorischen Fragen. Kollege Schönckas war anwesend und leitete die Sitzung. Durch die Einberufung des bisherigen Vorsitzenden Kollegen Bojanowski zum Militär, welcher seit jedem Abend nach Arbeitschluß auf dem Bureau tätig war, mußte eine anderweitige Regelung in den Bureaustunden getroffen werden. Es wurde beschlossen, daß die Kollegen Stein (Zimmerer) und Rahnke (Maurer) jeden Sonnabend von 5 1/2—8 Uhr im Bureau anwesend sind. Außerdem wird der Bezirksleiter Kollege Schönckas im Monat mehrere Tage hier sein. Das letztere soll den Zahlstellen, soweit dieses irgendwie möglich ist, vorher mitgeteilt werden. Unsere Kollegen der Danziger Verwaltungsstelle wollen daher nur an den Sonnabenden und den Tagen, an welchen der Bezirksleiter anwesend ist, das Bureau aufsuchen. In der übrigen Zeit wenden sie sich an ihren Zahlstellenassistenten oder Vorsitzenden. Im Juni sollen in allen Zahlstellen außerordentliche Mitgliederversammlungen stattfinden, in welchen der Bezirksleiter Vorträge halten wird. Die Mitglieder erhalten hierzu besondere Einladungen, werden aber schon jetzt gebeten, sich zahlreich daran zu beteiligen. Die neue Feuerungszulage wird von allen Arbeitgebern gezahlt, nur Herr Knaak-Oliva glaubt den Bauhilfsarbeitern diese vorenthalten zu müssen. Kollege Schönckas hat daher an Herrn Knaak ein Schreiben gerichtet und ersucht, daß den Arbeitern der tarifliche Stundenlohn von 77 Pf. inklusive Feuerungszulage zu zahlen ist. Geklagt wurde wieder, wie schon so oft, daß Kollegen, welche vom Militär entlassen bzw. beurlaubt sind, sich nicht bei ihrer Zahlstelle anmelden und ihre Beiträge zahlen. Sogar gibt es unter diesen solche, welche vor dem Kriege im Vordergrunde der Bewegung standen. Aber auch Kollegen, welche nicht mehr in militärpflichtigen Alter stehen, brüden sich vor dem Zahlen der Beiträge. Besonders trifft dieses bei den Maurern und Arbeitern zu, während bei den Zimmerern kaum ein unorganisierter Kollege anzutreffen ist. An den Leitern der Zahlstellen liegt dieses nicht, denn diese Kollegen tun ihre Pflicht. Woran es fehlt, das ist die Bautenagitation in dem Sinne, daß, wo sich solche Drücker aufhalten, eine Mächerrevision niemals stattfindet. Wo dieses unterbleibt, kann eben von einer straffen Organisation keine Rede sein. Unsere Kollegen aber, welche sich ihrer Aufgabe bewußt sind, sollten viel energischer gegen diese Drücker vorgehen. Die neue Feuerungszulage, welche von den Organisationen erungen ist, nimmt man gern, demgegenüber aber auch den Verband zu unterstützen, lehnt man aus Selbstsucht, falscher Sparamkeit usw. ab. Die Zukunft liegt dunkel vor uns, allem Anschein nach aber ist die Gefahr, welche der Arbeiterschaft droht, viel größer, wie sich selbst einsichtige Kollegen vorstellen. Die Stimmung in Nichtarbeiterkreisen ist scheinbar zurzeit für die Arbeiter; scheinbar, nicht wirklich. Der Rot der Zeit gehörend, nicht dem eigenen Triebe, aber der sozialen Gerechtigkeit, sind die Löhne der Arbeiter den großen Feuerungsverhältnissen entsprechend einigermaßen gestiegen. Trotzdem noch lange kein Ausgleich zwischen der enormen Feuerung und den gezahlten Löhnen stattgefunden hat, besteht in den sogenannten „besseren“ Kreisen eine gereizte Stimmung gegen i

